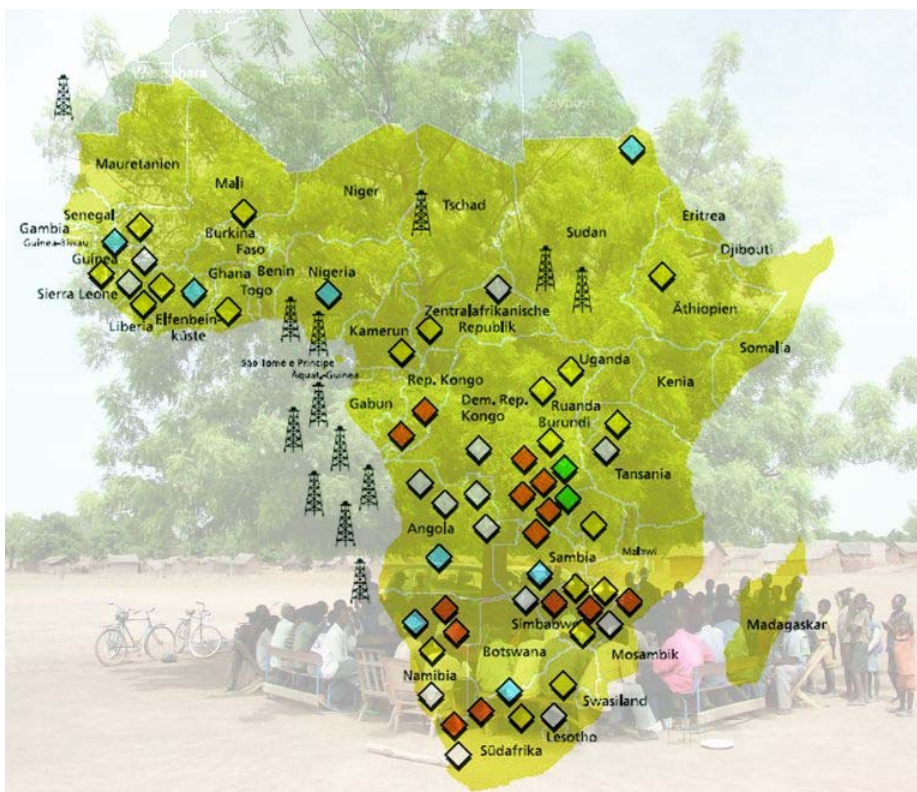


Dokumentation

„Die Rohstoffe Afrikas: Konflikt- und Entwicklungspotenzial“

Ein Symposium für Politik, Fachpublikum und Medien



6. November 2006, Gustav-Stresemann-Institut Bonn

Einleitung

In den vergangenen zehn Jahren ist die Ölförderung in Subsahara-Afrika um 36 Prozent gestiegen. Schätzungsweise 50 Milliarden US-Dollar sollen die Öleinnahmen in den kommenden Jahren in die Region spülen. Afrika und seine Bodenschätze - wie Öl, Coltan, Diamanten oder Kupfer - sind für die Industrieländer attraktiver denn je. Auch die Entwicklungspolitik richtet ihr Augenmerk auf die Rohstoffe: vor allem jedoch auf deren Konflikt- und Entwicklungspotenzial. Das hat Gründe: Viele der ressourcenreichen afrikanischen Länder sind gleichzeitig die sozial, politisch und wirtschaftlich schwächsten Staaten der Erde. Gewalttätige Konflikte und Menschenrechtsverletzungen stehen häufig in Zusammenhang mit der Ausbeutung von Bodenschätzen und prägen das Leben vieler Menschen. Gründe für die Misere sind beispielsweise schwache politische Systeme mit korrupten Regierenden, ungerechte Handelsbedingungen, ungeordnete Rohstoffausbeutung, Armut und mangelnde Bildung.

Entwicklungspolitische Akteure in Nord und Süd bemühen sich, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Bevölkerung in den betroffenen Staaten zu verbessern. Die Rohstoffeinnahmen werden dabei als eine große Möglichkeit gesehen, Entwicklungsprozesse langfristig zu finanzieren.

Das Bündnis „Entwicklung hilft – Gemeinsam für Menschen in Not“ wollte mit der Veranstaltung ein Forum bieten, um Aspekte der Rohstoffausbeutung und deren Folgen zu analysieren und Problemlösungsstrategien zu erörtern. Beteiligt waren daran auch Fachleute aus Afrika und Europa, vor allem Vertreter/innen von Partnerorganisationen aus afrikanischen Ländern.

Unter welchen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen können Erlöse aus der Rohstoffförderung in die Entwicklung der Länder fließen? Welche Rolle spielen dabei die entwicklungspolitischen Akteure? Diese und andere Fragen diskutierten die rund 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des eintägigen Symposiums.

Moderatorin war Jule Reimer, Redakteurin beim Deutschlandfunk.

Die Veranstaltung richtete sich an Mitarbeiter/innen der entwicklungspolitischen und politischen Institutionen, an Unternehmen, an die Fachöffentlichkeit und an die Medien.

Für die in der Dokumentation wiedergegebenen Referate und Beiträge sind allein die Verfasser/innen verantwortlich. Sie spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung des Bündnisses „Entwicklung hilft“ wider.

Organisation des Symposiums: Pressestelle Bündnis „Entwicklung hilft“ und MediaCompany Berlin (Büro Bonn) sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bündnisorganisationen

Dokumentation: Christel Schwiederski

Programm/ Inhaltsverzeichnis

Begrüßung und thematische Einführung

Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär Deutsche Welthungerhilfe S. 4

Zahlen, Daten, Fakten

Martin Petry, Berater für Zivile Konfliktberatung; „Brot für die Welt“ S. 4

Konfliktpotenzial der Rohstoffförderung: Ursachen und Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft

Referat Abu Brima, Vorsitzender des Netzwerks Movement for Justice and Development, Sierra Leone S. 7

Referat John O' Reilly, Berater für Unternehmensgruppen; Amnesty International S. 8

Referat Austin Onuoha, Center for Social and Corporate Responsibility, Nigeria S. 9

Der Rohstoffabbau im Spiegel von Entwicklung und Fehlentwicklung

Podiumsdiskussion S. 10

Problembewältigung und Handlungsbedarf

Arbeitsgruppe 1: Transparenz und Partizipation S. 12

Arbeitsgruppe 2: Machtinstrumente der Zivilgesellschaft S. 15

Arbeitsgruppe 3: Vom Förderland zum Industrieland S. 18

Arbeitsgruppe 4: Von der Gewaltökonomie zur Friedensökonomie S. 21

Arbeitsgruppe 5: Rechtsansprüche der Bevölkerung S. 22

Abschlussdiskussion S. 24

Ergebnisse und Schlussworte

Martin Bröckelmann-Simon, Geschäftsführer MISEREOR S. 25

Anhang: Referentenprofile S. 29

„Wir müssen auch eigene Interessen hinterfragen“

Begrüßung und thematische Einführung: Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär Deutsche Welthungerhilfe

Eine Ursache für Konflikte, von individuellen bis zu globalen, ist: Einer besitzt etwas, was ein anderer haben will. Die Konflikte um Rohstoffe haben den Kolonialismus geprägt und auch danach weiter Einfluss gehabt, bei dem Umgang mit den neuen afrikanischen Regierungen in den 70er-Jahren. Auch da ging es um Rohstoffe.

In der Entwicklungszusammenarbeit war man früher der Meinung „Wenn etwas den Entwicklungsländern nützt, nützt es auch den Menschen dort.“ Inzwischen haben wir erkannt, dass das nur selten der Fall ist. Viel häufiger sieht es so aus: Diebe und Verbrecher in den Ministerien einigen sich mit ausländischen Regierungen und Unternehmen, die an ihre Rohstoffe wollen.

Indien und China haben in letzter Zeit für Bewegung auf den Rohstoffmärkten gesorgt. Die Preise werden weiter steigen. Auch die Aktivitäten in Afrika werden zunehmen, wenn die Marge zwischen Produktion und Marktpreis größer wird. Aber das wird keinen Gewinn für die Bevölkerung bringen, sondern nur für kleine Eliten. Weiter ansteigen werden mit der immer größeren Attraktivität der Rohstoffe auch die bewaffneten Konflikte.

Um diese heikle und ungerechte Situation zu verändern, müssen wir die wechselseitigen Abhängigkeiten besser beleuchten und auch die eigenen, die deutschen Interessen kritisch hinterfragen. Bei dieser Tagung werden wir die Probleme beim Umgang mit Afrikas Rohstoffen nicht lösen, aber vielleicht finden wir Anregungen für Lösungen und für gemeinsame Aktivitäten.

Zahlen, Daten, Fakten

Referat von Martin Petry, „Brot für die Welt“, Berater für Zivile Konfliktberatung

Erdölvorkommen gibt es in vielen afrikanischen Staaten, aber bisher sind es vor allem zwei Länder, die den Markt beherrschen: Nigeria und Angola deckten 2005 50 Prozent bzw. 20 Prozent der gesamten afrikanischen Ölförderung ab. Weitere Bodenschätze in den südlich der Sahara gelegenen Staaten sind Gold, Diamanten, Eisenerze, Uran, Kupfer und das zunehmend nachgefragte Coltan, das bei der Herstellung von Handys eingesetzt wird.

In vielen Ländern Afrikas ist also ein großer Rohstoffreichtum vorhanden, der ein immenses Entwicklungspotenzial darstellt. So übertrafen 2004 in Nigeria die Erdöleinnahmen mit 20 Milliarden US-Dollar die Entwicklungshilfezahlungen (0,573 Mrd.) um ein Vielfaches.

Der Bevölkerung kommt dieser Reichtum allerdings nicht zugute. Im Gegenteil: Die ressourcenreichen Länder Afrikas gehören zu den am wenigsten entwickelten Ländern. Und was paradox erscheint: Trotz höherer Einnahmen verlangsamt sich der Entwicklungsprozess. Zum Beispiel belegten die größten afrikanischen Erdölförderländer, Angola und Nigeria, beim Human Development Index in den 1970er-Jahren bessere Plätze als 2003.

Ressourcenfluch

Armut, Korruption, Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Krieg prägen gerade die rohstoffreichen Länder. Dieses Phänomen wird inzwischen als „Ressourcenfluch“ oder „Paradox of Plenty“ bezeichnet. Eine Ursache dafür ist eine wirtschaftliche Fehlentwicklung, die so genannte Holländische Krankheit:

- Der Rohstoffsektor wird vom Staat, weil er einen wichtigen Beitrag zur Erwirtschaftung von Devisen leistet, besonders stark gefördert und expandiert, während andere Sektoren vernachlässigt werden
- Außenhandelsüberschüsse führen zu einer Aufwertung der Währung des Landes und verringern die Absatzchancen anderer Exportprodukte
- Billige Importe konkurrieren mit Produkten der eigenen Wirtschaft

In den Niederlanden passierte genau dies, so dass die Entdeckung und Förderung von Erdöl in der Nordsee dem Land nicht zugute kam, sondern eher schadete. Auch die ressourcenreichen Länder Afrikas sind von solchen Entwicklungen bedroht bzw. erleben diese bereits. So liegen zum Beispiel in Nigeria und Angola die Anteile des Erdöls am Export und Staatseinkommen um die 90 Prozent.

Ein anderes massives Problem in der Wirtschaft afrikanischer Länder ist die Korruption. Auf dem Korruptionsindex von Transparency International haben die rohstoffreichen Länder Afrikas regelmäßig sehr schlechte Werte, der Tschad galt 2005 als das korrupteste Land der Welt. Dabei sollte man allerdings nicht vergessen: Zur Korruption gehören immer zwei, diejenigen, die nehmen, und die, die bestechen. Bis heute können Unternehmen in vielen Ländern die Gelder für Bestechungen von der Steuer absetzen.

Neben wirtschaftlichen Fehlentwicklungen gibt es weitere Gründe, warum Ressourcen häufig zum Fluch und zur Ursache von Konflikten werden: Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung und die Auflösung sozialer Strukturen.

Missachtung der Menschenrechte

Die folgenden Rechte werden bei der Förderung von Rohstoffen in Afrika immer wieder verletzt:

Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (wsk-Pakt)

- Recht auf angemessenen Lebensstandard, inkl. ausreichende Ernährung und Unterbringung (Art. 11 wsk-Pakt)
z.B. führen Umsiedlungen zu verstärkter Verarmung
- Recht auf das für jeden erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit (Art. 12 wsk-Pakt)
u.a. Krankheiten durch Umweltverschmutzungen
- Recht auf Bildung (Art. 13 wsk-Pakt)
- Recht auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen (Art. 7, wsk-Pakt)

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte

Häufig werden Medienvertreter/innen und andere Personen, die Missstände aufdecken, bedroht, inhaftiert und sogar ermordet. Den Arbeitern/innen ist es verboten, sich in Organisationen zusammenzuschließen. Das verstößt gegen die folgenden Menschenrechte.

- Recht auf Meinungsfreiheit (Art. 19 IPBPR)
- Recht auf Schutz vor willkürlicher Haft (Art. 9 IPBPR)
- Recht von Häftlingen, menschlich und mit Achtung vor der dem Menschen innewohnenden Würde behandelt zu werden (Art. 10 IPBPR)
- Recht auf Schutz vor Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Art. 7 IPBPR)
- Recht auf Leben (Art. 6 IPBPR).

Umweltzerstörung

Beim Abbau von Rohstoffen kommt es zu massiven Umweltzerstörungen, die nicht nur die Natur, sondern auch die Menschen gravierend schädigen. Ein Beispiel dafür ist die Erdölförderung im Nigerdelta.

- Bei den Produktionsanlagen im Nigerdelta läuft im normal ablaufenden Produktionsprozess ununterbrochen Öl aus. Jährlich gelangen so ca. 710 t ins Wasser.
- In den 90er-Jahren gab es jährlich ca. 300 Ölundfälle – dabei liefen jährlich etwa 2.300 m³ Erdöl aus. Laut Shell waren die Ursachen für die Unfälle a) verrostete und veraltete Pipelines (50 %), Fehler bei der Produktion (21%) und Sabotage (28%).
- Gas wurde im Delta über Jahrzehnte einfach abgefackelt – bis zu 20 Mrd. m³ jährlich. Darin sind 34 Mio. Tonnen CO₂ und 12 Mio. Methangas enthalten. Der Ruß legt sich auf Haut und Atemwege und gelangt über Felder und Gewässer in die Nahrungskette.

Auflösung sozialer Strukturen

In Gebieten, in denen Rohstoffe gefördert werden zerfallen die gewachsenen sozialen Strukturen. Gründe dafür sind:

- Migration und Landflucht
- Konflikte zwischen Gemeinden um neue bzw. verminderte Ressourcen
- Prostitution
- HIV/AIDS
- extreme Armut der Bevölkerung gepaart mit uneingelösten Versprechungen
- Informationen über bevorstehende Veränderungen werden nur unvollständig verbreitet.
- Verschwinden von ökonomischen Perspektiven für junge Menschen
- Zunahme von illegalen Geschäften und Verdienstmöglichkeiten

Rohstoffe: Konflikt- oder Entwicklungspotenzial?

Auch wenn sich nicht jeder Krieg um Rohstoffe dreht, ein Blick auf Afrika zeigt: Ein großer Teil der bewaffneten Konflikte in den vergangenen zehn Jahren spielte sich in Staaten und Regionen ab, die sehr viele Bodenschätze besitzen.

Die Nachfrage nach Ressourcen wird weiter steigen. Insbesondere die Erdölproduktion wird in Afrika rasant zunehmen. 2005 wurden knapp zehn Millionen Barrel pro Tag gefördert, 2030 werden es schätzungsweise mehr als 16 Millionen sein. Der „Run“ auf die wertvollen – und knappen – Ressourcen ist im vollen Gange.

Konfliktpotenzial der Rohstoffförderung: Ursachen und Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft

Gute Regierungsführung und mehr Eigenständigkeit

Referat von Abu Brima, Vorsitzender des Netzwerks Movement for Justice and Development, Sierra Leone

Trotz reicher natürlicher Ressourcen ist Afrika der ärmste Kontinent der Welt und wird von Kriegen und bewaffneten Konflikten weiter zerrüttet. Beides ist nicht zufällig. Um die Hintergründe zu verstehen und Lösungen zu finden, ist zunächst ein Blick auf den historischen Kontext wichtig.

1) Die Kolonialisierung spielt mit ihren Auswirkungen bis heute eine große Rolle. Sie bedeutete für die Kolonialmächte: billige Arbeitskräfte und billige Rohstoffe. Die Rohstoffe wurden weit weg transportiert, sie brachten Afrika keinen Nutzen. Die europäischen Kolonialmächte teilten 1885 bei einer Konferenz in Berlin Afrika unter sich auf, um sich die Kontrolle über die Rohstoffe zu sichern. Die willkürlichen Grenzziehungen und die Auswirkungen der Kolonialzeit erschwerten den neuen afrikanischen Regierungen auch nach der Unabhängigkeit in den 1970er- und 80er-Jahren den Aufbau der Staaten. Die Schulden stiegen und steigen immer weiter, ebenso die Armut der Bevölkerung.

Ein Beispiel ist Sierra Leone: Das Land hat enorme Vorkommen an Diamanten, Gold, Platin und anderen Rohstoffen, war aber 2005 mit einer hohen Auslandsverschuldung das zweitärmste Land der Welt. Über 70 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, und in den Gebieten, wo Rohstoffe abgebaut werden, ist die Armut am höchsten.

2) Die Bergbau- bzw. Rohstoffindustrie ist eine Art Konklave. Sie hat keine positiven Auswirkungen auf die afrikanischen Länder und ihre Bevölkerung. Die lokale Wirtschaft ist nicht integriert und die Gemeinden haben kaum Vorteile durch die Rohstoffe. Die Arbeiter/innen kommen aus anderen Städten und Ländern. Sie ziehen mit Containern dahin, wo sie eingesetzt werden. Die Bevölkerung vor Ort ist arbeitslos und entwickelt Ressentiments gegenüber den zugezogenen Minenarbeitern/innen und gegenüber der Regierung. Konflikte sind programmiert.

3) Die Produktionsbedingungen beim Rohstoffabbau sind unverantwortlich. Die Umweltverschmutzung zerstört nicht nur die Natur, sondern damit auch die Lebensgrundlagen der Bevölkerung vor Ort. Hinzu kommen die miserablen Arbeitsbedingungen. Arbeitsunfälle und durch die Arbeit bedingte Krankheiten sind an der Tagesordnung, in vielen Fällen gibt es keine oder nur unzureichende Sicherheitsvorkehrungen. Wegen ihrer guten Beziehungen zu den Behörden und zur Regierung werden die Minenbetreiber nicht kontrolliert. Menschen, die mit Informationen über die skandalösen Zustände an die Öffentlichkeit gehen, werden bedroht und verfolgt.

4) Die afrikanischen Staaten sind unfähig, den Ressourcenreichtum für die eigene Bevölkerung zu nutzen. Die Rohstoffindustrie ist zum allergrößten Teil in der Hand von ausländischen Unternehmen. Viele Regierungen und öffentliche Verwaltungen sind korrupt und unterstützen die internationalen Unternehmen. Sie kümmern sich nicht um die Entwicklung ihres Landes und die Interessen der Bevölkerung.

Die internationalen Finanzinstitutionen versuchen, die Situation von außen zu regulieren. Aber auch die Weltbank zwingt die afrikanischen Staaten zu Bedingungen und Regeln, die vor allem den internationalen Unternehmen und Institutionen dienen. Die Bevölkerung wird nicht berücksichtigt. Der Einfluss und die Kontrolle der afrikanischen Regierungen wird durch

Rohstoffhändler, durch eine in das Rohstoffgeschäft involvierte nationale Elite und durch Ausländer eingeschränkt.

Die afrikanischen Staaten müssen unbedingt zu einer eigenständigen guten Regierungsführung kommen. Dies ist auch im Interesse der internationalen Gemeinschaft, denn Kriege und mangelnde Entwicklung in Afrika haben Auswirkungen auf die ganze Welt.

Öl, Konflikte und Menschenrechte: Der Fluch des Schwarzen Goldes

Referat von John O' Reilly, Amnesty International, UK Business Group (zuvor 20 Jahre für BP tätig)

China will seine Entwicklungshilfe für Afrika verdoppeln, baut aber auch seine wirtschaftlichen Aktivitäten dort aus. Beide Arten dieses Engagements sind problematisch, weil das Land selber Menschenrechte verletzt. Die Forderung an Unternehmen, die Menschenrechte einzuhalten, muss sich in Zukunft auch an chinesische oder andere asiatische Unternehmen richten, nicht nur an westliche. Letztlich liegt aber die Unterstützung und Beachtung der Menschenrechte in der Verantwortung von Regierungen. Wir müssen uns auf unsere eigenen Regierungen konzentrieren und von ihnen immer wieder fordern, dass sie sich national und international für die Menschenrechte einsetzen.

Zur Situation in Afrika

Zurzeit entfällt auf Afrika zwölf Prozent der weltweiten Produktion von Erdöl bzw. flüssigem Kohlenwasserstoff, 2010 werden es schätzungsweise 30 Prozent sein. Afrika verfügt außerdem über vermutlich 50 Million Tonnen Erdgas und damit über 30 Prozent der weltweiten Kapazitäten.

Die Länder, die zurzeit bei der Erdölförderung eine wichtige Rolle spielen, sind: Nigeria, Ägypten, Sudan, Libyen, Angola, Äquatorialguinea, Tschad, Gabun, Algerien, die Republik Kongo und die Demokratische Republik Kongo. Diese Länder sind gekennzeichnet durch:

- extreme Armut
- eine verletzte Bevölkerung
- repressive Regierungen
- interne Konflikte
- weit verbreitete Korruption
- minimale lokale Kapazitäten.

Die traditionellen großen Player im afrikanischen Ölgeschäft sind : Exxon Mobile (Angola, Äquatorialguinea, Nigeria, Tschad), BP (Algerien, Angola) Total (Sudan, Nigeria), Marathon Oil Corporation (Äquatorialguinea, Gabun) und ChevronTexaco (Nigeria). Jetzt sind fünf chinesische bzw. asiatische Konzerne hinzugekommen, die in Angola, Nigeria und im Sudan in die Erdölförderung eingestiegen sind. Dies bedeutet auch eine veränderte Situation für die Nichtregierungsorganisationen, die bisher nur vertraut im Umgang mit europäischen und amerikanischen Unternehmen sind.

Unternehmen und Menschenrechte

Internationale Konzerne geraten leicht in die Rolle des „Mittäters“ von autoritären Regimen und Bürgerkriegsparteien oder werden zumindest einer Komplizenschaft verdächtigt. Charakteristisch sind folgende Faktoren oder Situationen:

- schon vorher bestehende Konflikte, zum Beispiel Paramilitärs/ Rebellen,
- Verschlechterung der Beziehungen zu den örtlichen „communities“,

- negatives Verhalten von Unternehmen und Subunternehmen,
- Umweltverschmutzung und -zerstörung,
- die Erlöse bringen keine Vorteile/ keinen Nutzen (für die Bevölkerung).

All diese Faktoren führen zu weniger Akzeptanz der Konzerne bei den Einheimischen. Weil die Unternehmen nicht in die lokale Entwicklung eingebunden sind, kommt es zu Protesten der Bevölkerung, zu Konflikten und in der Folge oft zu Menschenrechtsverletzungen, von der Unterdrückung von Demonstrationen bis hin zur Ermordung von Menschen, die den Widerstand anführen.

Die Menschen mit ihren Erfahrungen einbeziehen

Referat von Austin Onuoha, Center for Social and Corporate Responsibility, Nigeria

Wie gravierend sich das Sicherheitsproblem auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirkt, kann man bei vielen Ländern beobachten. So haben im Irak Bombenattentate und Geiselnahmen dazu geführt, dass etliche westliche Firmen sich aus dem Land zurückziehen, weil ihnen und ihren Mitarbeiter/innen das Risiko zu hoch ist. Neben Angriffen und Anschlägen auf Menschen sind auch Sachbeschädigungen ein Hemmnis für wirtschaftliche Aktivitäten. So fördert zum Beispiel eine Raffinerie in der Region Warri, im Nigerdelta, seit Januar 2006 kein Öl mehr, weil es immer wieder zu Vandalismus kam.

Ölkonzerne meiden Konflikte, Ölkonzerne nutzen aber auch Konflikte, wie das Beispiel ChevronTexaco in der Region Warri zeigt. Entscheidend ist für sie, was mehr Gewinn verspricht.

Alles dreht sich um´s Öl

In vielen Staaten Afrikas existieren keine vernünftigen, keine ausreichenden demokratischen Strukturen. Vielmehr bestimmt in ressourcenreichen Ländern der Rohstoffabbau die Politik und die Politiker. Wegen Öl werden andere Industrien vernachlässigt oder zerstört, aber auch die Landwirtschaft oder der Bildungsbereich. In Nigeria drehen sich sogar die Wahlen um Öl. Der Präsident ist gleichzeitig als Minister zuständig für die Ölförderung. Das Öl führt zu Konflikten zwischen Präsident und Vizepräsident.

Die nationalen Eliten sind korrupt und bereit, für Macht und Geld gegen die Interessen ihres Landes, vor allem aber gegen die Bevölkerung zu agieren. Diese Bereitschaft wird von den internationalen Ölgesellschaften ausgenutzt – aber auch bei ihnen selbst gibt es Korruption. Das wird immer wieder vergessen. Hier herrscht eine Doppelmoral und es liegt in der Verantwortung von NRO darauf hinzuweisen.

Eine andere Art der Wirtschaftskriminalität, die den Erdöl fördernden afrikanischen Staaten viel Schaden zufügt, ist die Steuerflucht und Steuerhinterziehung von Ölonternehmen. Die mangelhaften Regulierungen und Strukturen führen dazu, dass solche Verbrechen kaum verhindert oder verfolgt werden können. Auch hier existiert eine Doppelmoral: Von den afrikanischen Regierungen und Unternehmen wird verlangt, dass sie sich an Gesetze halten, aber dann müssen sich auch die internationalen Ölkonzerne gesetzeskonform verhalten.

Funktionierende Kontrollgremien, die den Umgang mit den Rohstoffen und mit den Erlösen überwachen, gibt es bisher nur in wenigen afrikanischen Staaten. Häufig gibt es sie auch deshalb nicht, weil die Regierungen nicht unabhängig von den Unternehmen sind.

Niemand kümmert sich um die Bevölkerung

Massive Umweltschäden und die Zerstörung lebenswichtiger natürlicher Ressourcen sind häufige Folgen des Rohstoffabbaus. Es ist eine Herausforderung, hier globale Standards

und Kontrollinstrumente zu entwickeln, an die alle gebunden sind, Unternehmen ebenso wie Regierungen.

Regeln und Kontrollen werden aber auch benötigt, um der Bevölkerung eine Teilhabe an den Einnahmen aus der Rohstoffförderung zu ermöglichen und zu sichern. Bei den Entscheidungen über den Einsatz von Ölerlösen müssen die Menschen samt ihren Erfahrungen und Ressentiments einbezogen werden. Warum, zum Beispiel, sollte jemand einem Ölkonzern etwas glauben, wenn bei Auseinandersetzungen um die Ölförderung jemand aus der Familie umgebracht wurde? Für die Problemlösung heute ist die Bewältigung der Vergangenheit notwendig, denn die Menschen wollen Gerechtigkeit.

Podiumsdiskussion: Der Rohstoffabbau im Spiegel von Entwicklung und Fehlentwicklung

Podiumsdiskussion mit:

- *Georg Dörken, Deutsche Welthungerhilfe, Programm-Manager für das Partnerland Demokratische Republik Kongo*
- *Michael Hippler, MISEREOR, Leiter der Abteilung Afrika und Naher Osten*
- *Honoré Nkotto Ndoumbe, FOCARFE – Entwicklungs- und Umweltorganisation, Kamerun*
- *John O' Reilly, Berater für Unternehmensgruppen bei Amnesty International, UK*

Der Rohstoffabbau in Afrika hat für die Bevölkerung vor allem negative Auswirkungen, aber in einigen Ländern sind die Probleme nicht ganz so groß wie in anderen. In Kamerun und dem Tschad kommt es zu weniger Konflikten, und es gibt zumindest positive Tendenzen bei der Teilhabe der Bevölkerung. Wie kam es dazu? Wodurch werden Fehlentwicklungen begünstigt? Wie lassen sich die Bedingungen im Sinne der Bevölkerung verbessern? Und welche Probleme gibt es in diesem Prozess? Diese Fragestellungen waren Schwerpunkte der Diskussion.

Zur Rolle der Weltbank

„Warum ist die Situation in Kamerun vergleichsweise friedlich?“ fragte die Moderatorin Jule Reimer. Nach Einschätzung von Honoré Nkotto Ndoumbe hat das mit dem Einfluss der Weltbank zu tun: „Kamerun wollte die Weltbank einbeziehen. Die hat die Beteiligung der Zivilbevölkerung zur Bedingung gemacht, und das läuft teilweise recht erfolgreich.“ Die enge Zusammenarbeit von Weltbank und Regierungen sei auch für die multinationalen Konzerne attraktiv, weil in diesen Ländern die Situation meist sicherer sei.

Eher kritisch beurteilte Georg Dörken die Rolle der Weltbank: „Die Weltbank-Auflagen dienen vor allem westlichen Interessen, und die Länderregierungen haben keine andere Chance, als diese Bedingungen zu akzeptieren.“ Auch Michael Hippler äußerte Zweifel am Erfolg der Beteiligung der Weltbank. Zum Beispiel hätten im Tschad armutsrelevante Faktoren in die Vereinbarungen aufgenommen werden sollen. „Die Regierung vernachlässigt das und die Weltbank reagiert nicht darauf. Damit alle Interessen, auch die der Bevölkerung einfließen, müssen Nichtregierungsorganisationen an der Vorbereitung des Weltbank-Vertrags beteiligt sein. Dafür brauchen sie auch die Unterstützung der deutschen NRO.“

Ein Vertreter des BMZ räumte ein, dass die Weltbank bei der Tschad-Kamerun-Pipeline Fehler gemacht habe, aber ohne die Weltbank sei die Situation noch schlechter. „Die Situation im Tschad ist so kompliziert, weil die Regierung gedroht hat, westliche Firmen heraus zu werfen und stattdessen chinesische zu holen.“ Deshalb würden internationale

Regelungen immer wichtiger, in die auch die asiatischen Regierungen und Unternehmen eingebunden wären.

Universelle Mindeststandards, die für alle Unternehmen gelten, forderte auch John O' Reilly. Dies sei besonders im Umweltschutz nötig. „Die Konsequenzen von Umweltzerstörungen sind in Entwicklungsländern noch gravierender. Wenn zum Beispiel Wasser verschmutzt wird, ist das lebensbedrohlich. Für so etwas sollten Unternehmen verurteilt werden können.“ Und Honoré Nkotto Ndoumbe unterstrich: „Die Weltbank muss sich dafür einsetzen, dass Regierungen und Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden.“

Transparenz und Korruption

„Mehr Informationen über die Aktivitäten von Unternehmen für die Bevölkerung, aber auch für Regierungen. Wir brauchen mehr Transparenz“, forderte Honoré Nkotto Ndoumbe. Dies sei die Basis für einen sinnvollen Einsatz der Gelder, aber auch, um das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den Konzernen und Politik abzubauen.

„Transparenz kommt deshalb nicht zustande, weil Unternehmen und Regierungen ihre Interessen verfolgen. Das gilt global“, meinte John O' Reilly. Transparenz und Korruption widersprechen sich, deshalb bekommt die Bevölkerung keine Informationen über die Erträge von Unternehmen und darüber, was davon an die Regierungen fließt. „Afrikanische Regierungen brauchen den Mut, Geldflüsse öffentlich zu machen. BP hat es in Angola mit Transparenz versucht. Die Regierung war wütend, weil die nationale Souveränität angetastet worden sei. Es wurde sogar überlegt, BP aus dem Land zu werfen.“

Das Beispiel BP zeigt: Unternehmen merken inzwischen, dass von der Öffentlichkeit mehr Transparenz gefordert wird. Dies sei eine Chance für NRO in Europa, den Dialog mit Unternehmen zu führen, meinte Michael Hippler. „Wir sollten uns auf die westlichen Unternehmen konzentrieren, es aber auch mit Unternehmen aus Asien versuchen, selbst wenn das zurzeit nicht sehr Erfolg versprechend ist.“

Einsatz von Erdölerlösen für die Bevölkerung

Obwohl in einigen Ländern einige Prozent der Einnahmen von Ölkonzernen der Bevölkerung zustehen, ändert sich oft wenig an der Situation der Menschen, und es kommt weiter zu Konflikten. „Wie ist das zu erklären?“ fragte Jule Reimer. Die Expertinnen und Experten nannten als Hauptgründe:

- die Erdölgelder kommen nicht bei der Bevölkerung an,
- häufig werden sie nicht sinnvoll eingesetzt,
- sie werden ungerecht verteilt.

Zum Teil „versickern“ die Gelder. „Im Kongo zum Beispiel kommen die Gelder gar nicht bei den Zentralregierungen an, sondern landen bei einzelnen Warlords“, sagte Georg Dörken. Im Tschad hingegen behält die Regierung Erdölerlöse ein, die eigentlich dezentralen Verwaltungen zukommen müssten, berichtete Honoré Nkotto Ndoumbe. „Diese Verwaltungen funktionieren nicht. Die Menschen vor Ort waren einfach nicht darauf vorbereitet, die ihnen zustehenden fünf Prozent sinnvoll auszugeben. Jetzt behält die Regierung diese Gelder. Sie hält auch den Fonds für zukünftige Generationen nicht für notwendig, sondern will lieber den Staatshaushalt sanieren.“

Um die der Bevölkerung zustehenden Erdöleinnahmen zu bekommen und sie dann auch sinnvoll einzusetzen, ist viel Engagement von Seiten der Zivilgesellschaft erforderlich. Sie braucht dazu Informationen, Strukturen und Fachkenntnisse. „Das ist generell schwierig in Ländern, in denen es viele Analphabeten/innen gibt und in denen oft die Kommunikationswege fehlen. Aber die lokalen Gruppen und Gemeinden müssen beteiligt

sein, sie müssen Fähigkeiten erwerben und Strukturen aufbauen“, so Honoré Nkotto Ndoumbe. Auch Michael Hippler unterstrich die Bedeutung der Partizipation: „Die Bevölkerung spürt, wenn das Geld nur eine ‘Beruhigungspille’ sein soll. Das Mitspracherecht bei Planungen und Entscheidungen ist wichtiger als die Höhe der Sozialinvestitionen.“ Die Beteiligung sei aber auch wichtig, um, auf regionaler oder nationaler Ebene, ungerechte Verteilungen der Erdölgelder zu vermeiden. „Andernfalls können Konflikte entstehen oder bestehende verschärft werden, weil eine Bevölkerungsgruppe etwas bekommt, eine andere aber nicht,“ warnte Michael Hippler und nannte das Beispiel Nigeria.

... und die Rolle von Nichtregierungsorganisationen

In den Erdölregionen übernehmen Nichtregierungsorganisationen die Aufgabe, die Fähigkeiten und Handlungsmöglichkeiten der Bevölkerung zu steigern. Die lokale Bevölkerung und ihre Organisationen brauchen eine Professionalisierung, damit sie von den Unternehmen oder in den Kontrollgremien als Verhandlungspartner ernst genommen werden. Deutsche NRO unterstützen die afrikanischen NRO bei diesem „capacity building“. „Wir arbeiten mit schon länger bestehenden Nichtregierungsorganisationen zusammen, zum Beispiel im Kongo, um so ihre Eigeninitiative zu stärken“, sagte Georg Dörken. Ein wichtiger Punkt ist dabei die Vermittlung zwischen den lokalen und nationalen Organisationen, um den Erfahrungsaustausch zu fördern und Synergien zu erzeugen.

Honoré Nkotto Ndoumbe berichtete von besonderen Problemen, mit denen viele NRO sich auseinander setzen müssen: „Wenn wir mit Vertretern von Ölkonzernen sprechen, haben die Menschen den Verdacht, dass es zwischen uns und den Unternehmen Verbindungen und Absprachen gibt. Wenn Nichtregierungsorganisationen mit korrupten Regierungen zusammenarbeiten, zum Beispiel im Kontrollgremium, sind sie bei der Bevölkerung ebenfalls diskreditiert. Wenn die NRO zur Opposition gehören, sind ihre Mitarbeiter zum einen als Personen gefährdet, zum anderen sind sie kein Gesprächspartner für die Regierung mehr.“ Eine diffizile, heikle oder oft sogar lebensgefährliche Situation, in die sich engagierte Menschen in vielen afrikanischen Staaten begeben, um die Entwicklung in ihrem Land zu fördern und die Situation der Bevölkerung zu verbessern. Dies würdigte auch Georg Dörken: „Die Rolle der Zivilgesellschaft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie übernimmt viele Aufgaben, die eigentlich vom Staat zu erledigen wären.“

Problembewältigung und Handlungsbedarf

In fünf Arbeitsgruppen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums, unter welchen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen Erlöse aus der Rohstoffförderung in die Entwicklung der Länder fließen können und welche Rolle die entwicklungspolitischen Akteure dabei spielen.

Arbeitsgruppe 1

Transparenz und Partizipation

Kontrollfunktion zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Investition der Rohstofflerlöse in die Entwicklung

Impulsreferat:

Thérèse Mekombé, CCSRP – Überwachungskommission der Erdöleinnahmen, Tschad

Impulsreferat

Thérèse Mekombé schilderte die Situation im Tschad, die fast völlig fehlende Infrastruktur und Energieversorgung vor allem in den ländlichen Regionen. Der seit 2003 zu den Erdöl

fördernden Ländern zählende Tschad ist nach wie vor einer der ärmsten afrikanischen Staaten. Hinzu kommt die weit verbreitete Korruption und die überaus schlechte Regierungsführung. Informationen über das Erdölprojekt waren früher kaum zu erhalten, Menschen waren bedroht, ihre Rechte wurden missachtet, von Beteiligungen oder Entschädigungen war schon gar nicht die Rede.

Aufgrund der Forderungen der Bevölkerung nach Transparenz, Achtung der Rechte und sinnvollem (entwicklungsorientiertem) Einsatz der Erlöse engagierte sich die Weltbank und unterstützte die Einrichtung einer Kommission, die den Umgang mit den Einnahmen aus dem Erdölgeschäft kontrolliert. In der Kommission sitzen Vertreter der Regierung und der Zivilgesellschaft. Für die Vertreter der Zivilgesellschaft ist die Planung und Kontrolle der Erdöleinnahmen eine immense und schwierige Aufgabe, bei der sie immer wieder auf massive Hindernisse stoßen. Dennoch gelingt es ihnen, Transparenz in die Vorgänge zu bringen, Fehlentwicklungen zu kritisieren und Verbesserungen zu erzielen. Sie besuchen die mit Erdölgeld finanzierten Projekte, überprüfen Ausschreibungen, Auftragsvergabe und Durchführung und bestimmen mit über die Prioritäten beim Einsatz der Gelder.

Wie unsicher diese Kontroll- und Partizipationsfunktion ist, erwies sich im Januar 2006: Die Regierung hob mit einem neuen Gesetz die enge Zweckbindung für Erdölerlöse auf, um sich einen breiteren Zugriff auf diese Einkommen zu sichern.

Diskussion

Im Prinzip ist die Kommission und die Beteiligung der Zivilgesellschaft ein nachahmenswerter Ansatz. Denn die Armutsbekämpfung ist als Ziel festgeschrieben und Anteile der Einnahmen aus dem Rohstoffabbau werden in einen Zukunftsfonds gelegt. Die Zivilgesellschaft ist als wichtiger Partner anerkannt, hat Einsicht in Vorhaben oder Pläne und bestimmt die Prioritäten mit. Außerdem ist es durch die Kommission gelungen, Transparenz in die Vorgänge bei Förderung und Verkauf der Ressource Erdöl zu bringen. Der Zugang zu Informationen ist gewährleistet und die Kontrolle wichtiger Bereiche zeigt Wirkung.

Andererseits erweist sich, dass es nicht ausreicht, wenn Informationen und Transparenz auf die Hauptstadt und zentrale Akteure beschränkt bleiben. Damit die Kontrollfunktion und die Informationen tatsächlichen Nutzen für die gesamte Gesellschaft haben, ist es nötig, intensiver mit der Bevölkerung zu arbeiten. Dazu gehört unter anderem:

- Die Informationen müssen in lokalen Sprachen vorliegen.
- Vernetzung und Austausch zwischen den Gruppen müssen in die Fläche wirken.
- Die betroffene Bevölkerung muss in die Lage versetzt werden, Informationen zu nutzen, z.B. Kenntnisse über die Konsequenzen von Planungen oder Kenntnisse über die in ihrer Region vorgesehenen Projekte. Nur dann können die Menschen bei Nichtumsetzung das Kontrollgremium CCSRP informieren und damit zur Umsetzung der Projekte und der Armutsbekämpfungsstrategie beitragen. Denn ohne eine solche Zuarbeit der Betroffenen ist das Gremium überfordert.

Außerdem darf nicht vergessen werden, dass das ganze Land Hilfe und wirtschaftliche Entwicklung benötigt. Eine einseitige Bevorzugung der Förderregionen kann Spannungen innerhalb der Bevölkerung verstärken und zu Feindseligkeiten führen. Die Beschränkung der Arbeit der Kommission auf den primären Sektor (Erdöl, Minen, extraktive Industrien) vernachlässigt die Probleme in anderen Sektoren der Wirtschaft, z.B. in der Landwirtschaft, von der die Mehrheit der Bevölkerung im Tschad lebt. Hilfe für und Investitionen in diesen Sektor würden sehr zur Armutsbekämpfung beitragen.

Ein weiteres Manko: Die Forderung nach Transparenz wird immer wieder unterlaufen. Zum Beispiel sind weiterhin Geheimverträge oder -klauseln zwischen Regierung und Unternehmen an der Tagesordnung. Die beteiligten Firmen müssen sich an die Bedingungen einer sozial verantwortlichen Investition halten und dürfen nicht durch intransparentes Verhalten ihren Vorteil auf Kosten des Landes vergrößern. Darauf ist auch in den Heimatländern der Unternehmen hinzuwirken.

Die Rolle der Weltbank ist anzuerkennen, denn ohne ihre Macht wäre die Etablierung einer so weitgehenden Einflussnahme nicht gelungen. Um die Weltbank und die tschadische Regierung zur Umsetzung ihrer Planungen zu bewegen, bedurfte und bedarf es allerdings einer starken Unterstützung von außen. Sie ist außerdem wichtig, um die zivilgesellschaftlichen Kräfte im Land zu aktivieren und engagierte Menschen zu schützen. Dies hat im Falle des Tschad-Kamerun-Projekts fast ausschließlich die internationale Zivilgesellschaft geleistet. Ein deutlich stärkerer Beitrag dazu von der deutschen und europäischen Politik, also von einflussreichen Mitgliedsländern der Weltbank, ist dringend notwendig.

Schlussfolgerungen der Gruppe

Allgemein

Gesetze sind schnell verabschiedet und auch das Schaffen von Strukturen kann rasch erfolgen, problematisch ist hingegen die Umsetzung. Alle Akteure (im Tschad sind das die Weltbank und ihre Mitgliedstaaten, die tschadische Regierung, das Konsortium und die Zivilgesellschaft) sind aufgefordert, sich konsequenter für die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen einzusetzen.

Die Zivilgesellschaft hat bewiesen, dass sie in der Lage ist, einen kompetenten und qualifizierten Beitrag zu leisten. Die anderen Akteure (WB, Regierung, Konsortium) müssen die Zivilgesellschaft deutlicher und aktiver als Partner anerkennen und einbeziehen. Bei Staaten mit schwacher Regierungsführung und begrenzter Staatlichkeit müssen Weltbank und die Regierungen der Mitgliedstaaten – im Besonderen USA, Deutschland und Frankreich – sich mehr für die Stärkung der Zivilgesellschaft einsetzen.

Im Tschad

Ein „Code of Conduct“ ist aufzustellen, der die Akteure bei der Ausbeutung von Rohstoffen und beim Einsatz der Erlöse zu transparentem und verantwortlichem Handeln im Sinne der Armutsbekämpfung verpflichtet.

Ein transparenter Umgang mit allen Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt ist anzustreben. Das schließt auch Ausgaben ein, die aus dem Staatshaushalt im Vorfeld solcher Erdölinvestitionen geleistet werden.

Neben der geforderten Transparenz muss auch ‚Accountability‘ erreicht werden: Rechenschaft der Akteure im Hinblick auf die gesetzten Ziele.

Es ist darauf zu achten, dass die tschadische Strategie zur Armutsbekämpfung und die regionalen Entwicklungspläne rasch in Angriff genommen werden, und dass die Bevölkerung im ganzen Land von den Einnahmen aus der Erdölproduktion profitiert. Nur so lassen sich langfristig Konflikte vermeiden.

Bei den Firmen

Firmen können Modelle wie die Überwachungskommission nutzen, um ihre eigenen Ansprüche auf sozial verantwortliches Handeln zu realisieren.

Regierungen verlangen von Firmen manchmal unrechtmäßiges Verhalten, um besser ihre Vorteile einstreichen zu können. Die Kooperation mit einer Überwachungskommission kann Firmen helfen, unredliche Forderungen von Seiten einer Regierung abzuwehren.

Etablierte und gefestigte Formen der Transparenz und Partizipation in einem Land verringern die Gefahr, dass undemokratische Investoren in geheimen Verhandlungen und gegen Zahlungen die Zuschläge zur Ausbeutung der Rohstoffe erhalten.

Bei den NRO

Qualifizierte Partizipation und Kontrollarbeit erfordert einen hohen Kenntnisstand/ Bildungsstand, sowie die Erfüllung praktischer und technischer Voraussetzungen.

Die Zivilgesellschaft muss gestärkt werden, damit sie solche Aufgaben wahrnehmen und ihrer Rolle gerecht werden kann.

Gruppierungen, die sich für mehr Transparenz und für die Armutsbekämpfung einsetzen, brauchen in vielen Ländern Schutz durch internationale Strukturen und Netzwerke.

Internationale NRO müssen auf die Sozialverantwortung von Firmen hinweisen und diese einklagen bzw. Verletzungen anprangern. Sie tun dies auch gegenüber ihren Regierungen, die die Bedingungen für Außenhandel und Außenwirtschaft setzen.

Arbeitsgruppe 2

Machtinstrumente der Zivilgesellschaft

„Shareholder value“ als Druckmittel gegenüber Konzernen

Impulsreferat:

Austin Onuoha, Center for Social and Corporate Responsibility (CSCR), Nigeria

Impulsreferat

Austin Onuoha leitet das CSCR-Büro in Warri, eines von drei Büros der Organisation im Nigerdelta. Bedingt durch die Erdölförderung kommt es in Warri immer wieder zu gewaltsamen Konflikten und einem quasi offenen Krieg zwischen verschiedenen Volksgruppen, ethnischen Milizen und der Regierung. Vor allem nicht durchdachte und überstürzt ausgeführte Kompensations- und Entwicklungsprogramme, die von den Erdölkonsortien teilweise mitfinanziert werden, sind Auslöser dieser Konflikte oder haben das Konfliktpotenzial noch angeheizt. In einigen Teilen des Nigerdeltas führten die bewaffneten Kämpfe schon zu einer Einstellung der Ölförderung.

Tätigkeiten des CSCR zur Befriedung der Region Warri und zur Verbesserung der Entwicklungsprogramme der Siedlungsräume (communities):

- Monitoring der Entwicklungsprogramme und Infrastrukturprojekte der Ölkonzerne
- Vermittlung zwischen Ölkonzernen und den „communities“
- Vermittlung und Konfliktlösung zwischen verschiedenen „communities“, Volksgruppen und Kriegsparteien
- Überwachung der Einhaltung von Standards der Ölkonzerne (Human Rights Policy, Kompensationszahlungen, Umweltschutzmaßnahmen)
- Durchführung von Programmen und Workshops („capacity building“), um die zivilgesellschaftlichen Kräfte zu stärken

Die Strategien der Arbeit von CSCR sind:

- Information und Kommunikation mit den Aktionären der Ölkonzerne – insbesondere Organisationen kritischer kirchlicher Aktionäre - , um über deren Einfluss Druck auf die Konzerne auszuüben, sich an Vereinbarungen und internationalen Standards zu halten
- direkter Dialog mit den Verantwortlichen der Ölkonsortien
- direkter Dialog mit der Regierung und den Aufsichtsbehörden
- Vernetzung und Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Behörden (Weltbank, UN etc.) und NRO, um mit gemeinsamer Stimme sprechen zu können.

Im Anschluss formulierte Austin Onuoha (CSCR) Empfehlungen bzw. Forderungen an Regierung, NRO und Ölkonsortien.

Empfehlungen an die nigerianische und andere Regierungen, deren Länder Öl fördern:

- Die Entscheidung für eine Ausweitung der Ölförderung muss sorgsam überlegt, geplant und vorbereitet werden. Nicht immer ist Ölförderung die optimale Lösung aller wirtschaftlichen Probleme der Länder.
- Demokratische Strukturen müssen erweitert werden, damit die betroffene Bevölkerung von Anfang an Einflussmöglichkeiten und Mitentscheidungsrechte hat.
- Die nigerianische Regierung ist der Hauptverantwortliche, wenn es um Entwicklung in ihrem Land geht. Diese Verantwortung darf nicht den Unternehmen auferlegt werden.
- Die nigerianische Regierung muss auch andere Wirtschaftssektoren unterstützen und darf nicht ausschließlich in den Ölsektor investieren.
- Transparenz und Intensivierung des Kampfes gegen die Korruption (Publish what you pay and what you receive)
- Einhaltung, Ausweitung und Überwachung der gesetzlich geregelten Maßnahmen (Menschenrechte, Umweltschutz, Kompensationszahlungen etc.)
- Regierungsbehörden müssen geschult werden (UN-Standards, OECD-Richtlinien etc.).
- Es darf keine geheimen, bilateralen Vertragsklauseln zwischen Regierung und Ölkonsortien in den Verträgen geben.

Empfehlungen an die NRO

- Nach einer Phase der „Bewusstseinsbildung“ – bei Bevölkerung, Ölkonzernen und Regierung – über die Probleme und Gefahren der Ölwirtschaft müssen die NRO jetzt konkrete Maßnahmen und Forderungen entwickeln: Mitarbeit bei den Entwicklungsplänen, Monitoring der Kommunikation zwischen den verschiedenen Parteien etc.
- Die NRO müssen sich noch enger vernetzen und auf nationaler und internationaler Ebene zusammenarbeiten.
- Sie müssen die Erfahrungen und erfolgreichen Ansätze zur Lösung der Konflikte dokumentieren und weiter verbreiten.

Empfehlungen an die Ölkonsortien

- Die Ölkonzerne müssen der internen Korruption den Kampf ansagen.
- „Publish what you pay“
- Die Unternehmen müssen die Möglichkeit in Betracht ziehen, das Öl lokal weiterzuverarbeiten.
- Die örtlichen Bevölkerungsgruppen müssen die Möglichkeit erhalten, ihre eigene Entwicklung mitzubestimmen und zu gestalten.

Diskussion

Die gegenwärtige Situation

Der „Trickle down effect“, also positive Auswirkungen der Erdölförderung auf die gesamte Entwicklung, findet zur Zeit in Nigeria praktisch nicht statt. Vielmehr werden traditionelle Einnahmequellen, wie die Landwirtschaft, vernachlässigt oder zerstört. Es besteht ein hoher Wirkungszusammenhang zwischen Rohstoffreichtum und gewaltsamen Konflikten. Die Zivilbevölkerung hat zu wenig Möglichkeiten, sich aktiv an Lösungsansätzen und Entwicklungsplänen zu beteiligen und Einfluss zu nehmen. Die Armut ist sogar gewachsen.

Probleme

- Ölkonsortien zeigen zwar die Bereitschaft, Entschädigungen zu bezahlen und Entwicklungsprogramme zu entwickeln, beziehen die Bevölkerung aber nicht ausreichend mit ein. Sie agieren übereilt und unüberlegt, so dass viele Maßnahmen kontraproduktiv sind.
- „Good Governance“ und Transparenz sind (noch) Utopie.
- Es werden oftmals Geheimverträge zwischen den Ölkonsortien und der Regierung vereinbart, die zum Nachteil der lokalen Bevölkerung sind.
- Verantwortlichkeiten werden in Nigeria auf zu viele Schultern verteilt. Es gibt nicht einen Zuständigen für bestimmte Probleme/Bereiche, sondern gleich mehrere. Problemlösungen werden so auf unbestimmte Zeit hinausgezögert.
- Menschenrechtsverletzungen, Umweltverschmutzungen, Zerstörung des Lebensraums

Vorhandene Lösungswege

- „capacity building“ der Zivilbevölkerung durch Workshops, Seminare und Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und lokalen NRO
- Projekte zur Verbesserung der Transparenz im Erdölsektor, zivilgesellschaftliche Kontrolle der Einnahmen und der Mittelverwendung
- Lobby- und Kampagnenarbeit im In- und Ausland und Sensibilisierung von politischen Entscheidungsträgern und Aktionären bzw. Anteilseignern der Ölfirmen

Schlussfolgerungen der Gruppe

- Die Zivilbevölkerung muss darauf bestehen, bei der Planung und Durchführung der Entwicklungsprojekte einbezogen zu sein und nicht nur bei der anschließenden Bewertung.
- Aktionäre und Anteilseigner haben einen immensen Einfluss auf die Ölkonsortien, deshalb müssen Informationen und Dialog mit den Aktionären ausgebaut werden.
- Förderung und Intensivierung des direkten Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Ölfirmen
- Konkrete Gesetze zur Einhaltung internationaler Standards müssen weiter implementiert und deren Einhaltung eingefordert werden.
- Die Abstimmung zwischen den lokalen Bevölkerungsgruppen muss verbessert werden. Sie müssen gemeinsam entscheiden, wer wie wann und wo von Kompensationszahlungen und Entwicklungsprojekten etc. profitiert. (Dies wird bereits von Chevron unterstützt, die nur denen zahlen, die sich abgestimmt haben).
- Die Entwicklungspläne der Ölfirmen müssen für die Bevölkerung transparent gemacht werden, auch durch unabhängige Behörden.
- Die Menschenrechte müssen respektiert und Menschenrechtler/innen geschützt werden.

- NRO müssen konkreter sein in ihren Forderungen, Maßnahmen und ihrer Lobbyarbeit. Sie müssen sich stärker vernetzen, größere Koalitionen bilden und mit einer Stimme sprechen, damit nicht einzelne NRO angreifbar sind.
- Es dürfen keine übereilten Entwicklungspläne von den Ölfirmen umgesetzt werden, um das Gewissen zu beruhigen. Vielmehr müssen gut durchdachte, mit allen Beteiligten abgestimmte Pläne ohne zeitlichen Druck erstellt werden.

Arbeitsgruppe 3

Vom Förderland zum Industrieland

Kontrolle der Handelswege und der Kimberley-Prozess

Impulsreferat:

Abu Brima, Network Movement for Justice and Development (NMJD), Sierra Leone

Impulsreferat

Der Kimberley-Prozess (KPCS/ Kimberley Process Certification Scheme) war eine Reaktion auf sehr brutal geführte Kriege, die mit Diamanten finanziert wurden. Der öffentliche Protest gegen die Kriege und gegen die involvierten Diamantenkonzerne bewirkte 2002 den Abschluss des Kimberley-Abkommens. Der KPCS wurde initiiert, um weitere Kriege zu verhindern. Kann er diese Zielsetzung verwirklichen?

Das Positive des KPCS ist, dass die Regierung in Sierra Leone die Kontrolle des Exports erlangte und Steuern erheben kann. Dennoch ist der KPCS bis heute noch ein Papiertiger. Der offizielle Export von Diamanten ist zwar angestiegen und KPCS trug wesentlich dazu bei. Zu diesem Anstieg kam es aber auch, weil mehr Diamantenminen entdeckt wurden und Diamanten offener verkauft werden können. Durch Druck des NMJD auf die Regierung von Sierra Leone werden jetzt 0,75 Prozent der Steuereinnahmen durch den KPCS an die Gemeinden in den Abbaugebieten gezahlt. Das ist allerdings zunächst nur in Sierra Leone der Fall und nicht im KPCS festgelegt. Außerdem gibt es Bemühungen, mehr Lizenzen zu vergeben und so den Abbau zu legalisieren, das ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die Rechenschaftsfähigkeit der Regierung. Darüber hinaus gab es mehrere positive Rechtsreformen. Das Bemerkenswerteste am KPCS ist vielleicht, dass NRO, Industrie und Regierungen gemeinsam nach einer Lösung gesucht haben.

Die Liste der Schwachstellen des KPCS ist hingegen lang. Dies lag auch an der ausgesprochen geringen Beteiligung afrikanischer zivilgesellschaftlicher Vertreter an der Entwicklung des KPCS, so wurden zentrale Aspekte gar nicht beachtet. Das NMJD war die einzige afrikanische NRO, die an dem Prozess beteiligt war.

Intern betrachtet funktioniert der KPCS als Kontrollinstitution nur sehr schwach, er ist nicht bindend, es gibt kein unabhängiges Monitoring, der Weg von der Mine bis zum Export ist faktisch nicht nachvollziehbar etc.

Ein weiterer Schwachpunkt: Der KPCS bezieht sich nur auf den Handel, nicht auf die Bedingungen beim Abbau oder Schleifen der Diamanten. Und so kommt es zu massiven Menschenrechtsverletzungen der Minengesellschaften: Die Gemeinden erhalten keine Entschädigungen für zerstörtes Land, es kommt zu Vertreibungen, schweren Umweltzerstörungen etc. Die Entwicklung der Gemeinden in den Abbaugebieten spielt im KPCS keine Rolle. Damit verspielt man eine wichtige Chance. Zusätzlich sind auch strengere Investitionsgesetze der rohstoffreichen Staaten für die Gewährleistung adäquater Umwelt- und Sozialstandards notwendig. Dafür braucht es eine Veränderung der Politik von WTO und IWF.

Durch die Liberalisierung der ausländischen Direktinvestitionen ist eine gegenteilige Bewegung zu beobachten.

Nord-NRO sollten Süd-NRO unterstützen, dass sie von ihren Regierung Rechenschaft einfordern können. Allerdings ist dies sehr schwierig und häufig auch lebensgefährlich. Auch ein Monitoring der Unternehmen ist sehr problematisch, weil oft die jeweiligen Zeugen von den Unternehmen bestochen werden. Die Unternehmen benehmen sich auch gegenüber staatlichen Stellen wie die Herren im Land. So wurden Mitglieder des NMJD und selbst Regierungsvertreter nicht auf Firmengelände gelassen.

Diskussion

- Ist der KPCS auch auf andere Rohstoffe übertragbar?

Die Übertragung ist problematisch, weil der KPCS selbst noch so viele Schwachstellen hat. Zum Beispiel funktionieren die Kontrollen sehr mangelhaft. Zudem werden ca. 65 Prozent der Diamanten immer noch illegal geschürft, da gibt es nicht viel Kontrolle. Es gibt zwar Techniken, um festzustellen, woher ein Diamant kommt, allerdings kann sich das faktisch kein Entwicklungsland leisten. Außerdem gibt es keine nachhaltige Kontrolle der Produktionsseite – und hier beginnen die ersten Konflikte, weil die Menschen zu Recht wegen des Verhaltens der Minengesellschaften sehr aufgebracht sind. Das ist ein reales Konfliktpotenzial.

- Muss die Definition von Konfliktdiamanten ausgeweitet werden?

Das ist unbedingt nötig. So umfassend wie nur möglich muss darunter auch die Produktionsseite und damit die Menschenrechtssituation in den Minen und Abbaugebieten beachtet werden.

Es wäre schon einiges getan, wenn man die Gemeinden mehr ins Monitoring einbinden würde und die Leute befähigen würde, unter eigener Lizenz mit eigenen Gerätschaften zu arbeiten. Aber das passiert nicht, den Menschen ist es ein zu hohes Risiko.

- Könnten Kooperativen von Minenarbeitern/innen helfen, solche wie die „Peace Diamond Alliance“?

Im Prinzip auf jeden Fall. Das steigert sowohl das Einkommen der Arbeiter/innen wie auch ihr eigenes Interesse am Monitoring. Allerdings brauchen sie produktive Schürfflächen, die hatte die PDA nicht und löste sich deshalb auf.

Empfehlungen

- Der KPCS muss breiter gefasst werden und mit ihm die Definition von Konfliktdiamanten. Die Bedingungen bei Abbau und Verarbeitung müssen integriert werden, um Vertreibungen, Umweltzerstörungen und sklavenähnliche Arbeitsbedingungen zu beenden.
- Die Minenarbeiter/innen müssen darin unterstützt werden, auf eigene Lizenz zu arbeiten.
- Der KPCS braucht ein unabhängiges Monitoring und ein bindendes Regelwerk – das heißt auch, dass Bestrafungsmechanismen bei Zuwiderhandlung durchgesetzt werden. Im Moment kann einem Land die Mitgliedschaft im KPCS gekündigt werden. Außer diesem Extrem gibt es keine Bestrafungen. Das ist unrealistisch und wenig angemessen bzw. praktikabel, bisher ist solch ein Ausschluss erst in einem Fall erfolgt.
- Benötigt werden bindende Standards für ausländische Investoren und effektive Möglichkeiten für die betroffenen Gemeinden, Entschädigung einzuklagen.
- Die nationalen Abbaugesetze müssen verändert werden. Nationale Gesetze für Investitionen brauchen eine gewisse Balance: Sie müssen Investitionen anziehen, aber gleich-

zeitig auch bindende Standards für die Minengesellschaften beinhalten, zum Beispiel adäquate Umwelt- und Sozialstandards.

- Die Bevölkerung und die betroffenen Gemeinden brauchen eine Stimme. Die negativen sozialen und Umwelt-Effekte des Abbaus sind sehr deutlich sichtbar, aber der ökonomische Vorteil für die Gemeinden ist sehr viel schwerer auszumachen. Die betroffenen Gemeinden brauchen Zugang zu eindeutigen Informationen hinsichtlich des Abbaus. Sie müssen Mitbestimmungsrechte bei der Entwicklung der Minenprojekte und bei der Verwendung der Einnahmen haben.
- Bessere Informationen über Abbau und die Einnahmen
Menschen in diamantenreichen Entwicklungsländern wie Sierra Leone brauchen genaue Informationen über Kosten und Vorteile des Diamantenabbaus. Die Konzessionen und die Auswirkungen auf Umwelt, Soziales und Menschenrechte müssen untersucht werden, sämtliche Umweltüberwachungsdaten und Stilllegungspläne müssen öffentlich zugänglich sein. Zudem müssen die Steuern und andere Zahlungen durch Regierungen und Unternehmen öffentlich gemacht werden. Es braucht ein „Publish what you pay, receive and spend“ von Regierungen und Unternehmen. Dies einzufordern ist auch Aufgabe der EU und anderer Geberinstitutionen.
- Strengere Kriterien für die Finanzierung von Projekten des Diamantenabbaus
Der Diamantenabbau hängt sehr stark von internationalen Finanzinstitutionen ab. Die involvierten Exportkreditagenturen, Banken und Versicherungen müssen dazu beitragen, den Abbau nachhaltig zu gestalten. Diese Institutionen sollten hohe Umwelt- und Sozialstandards und die Achtung der Menschenrechte einfordern, außerdem die Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden und die Transparenz der Zahlungen. All das muss Vorbedingung zur Finanzierung von Projekten im Diamantenabbau sein.
- Verantwortliches Verhalten von Einzelhändlern und Konsumenten
Einzelhändler und Konsumenten können den Wandel unterstützen, indem sie Diamantenfirmen auffordern, sicherzustellen, dass von ihnen auf den Markt gebrachte Diamanten gemäß der „Goldenen Regeln“ abgebaut wurden, die die Rechte der betroffenen Gemeinden respektieren und Umweltschäden verhindern.
- Die Entwicklungsorganisationen aus dem Norden müssen die zivilgesellschaftlichen Organisationen in den rohstoffreichen Ländern des Südens dabei unterstützen, von ihren Regierungen Rechenschaft zu fordern. Dabei geht es sowohl um konkrete Regulierungspolitik als auch um die Einnahmen aus dem Rohstoffabbau und deren Verwendung.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen in Entwicklungsländern sind bei ihrer Arbeit mit großen Schwierigkeiten konfrontiert – bis zur Bedrohung ihres Lebens. Ihre Ressourcen sind zu gering, um effektiver vor allem das Unternehmensgebaren überwachen zu können und die Regierung in die Pflicht zu nehmen. Nord-NRO und Geberinstitutionen sollten vor allem die entsprechenden Bemühungen und Kampagnen von lokalen und nationalen NRO unterstützen.

Arbeitsgruppe 4

Von der Gewaltökonomie zur Friedensökonomie

Beispiel Kongo

Impulsreferat:

Dominic Johnson, taz, Berlin

Impulsreferat

Die politische Situation im Kongo ist nach der Stichwahl vom 29. Oktober 2006 unsicher, der politische Diskurs ist zum Erliegen gekommen. Es herrscht eine „Gewaltökonomie“, d.h. ein Modell quasi-kolonialer Rohstoffwirtschaft, mit dem die Ressourcen des Landes ohne Berücksichtigung der Interessen seiner Bewohner/innen ausgebeutet werden. Dominant sind die Privatinteressen der konkurrierenden Machteliten. Die ins Land fließende internationale Hilfe tastet die Strukturen der Gewaltökonomie nicht an.

Erzielte Fortschritte im politisch-ökonomischen Prozess der letzten Jahre stagnieren bzw. sind zunichte gemacht:

- Der Diamantenexport ist reguliert (Kongo ist Mitglied im Kimberley-Prozess), die Bedingungen der Diamantenförderung sind aber nach wie vor katastrophal.
- Vorhaben zur Bewirtschaftung der reichhaltigen Ressource Regenwald stagnieren.
- Laut Verfassung sollen zwar 40 Prozent der Staatseinnahmen in den Provinzen verwendet werden, dies wurde aber durch eine Veränderung der Berechnungsgrundlage zu Lasten der Provinzen ad absurdum geführt.

Seit dem Moratorium vom April 2006 schließt der Staat keine Verträge mehr mit ausländischen Konzernen ab. Die Kooperation mit IWF/Weltbank ist vorläufig gestoppt und soll erst nach der Wahl mit legitimierten Institutionen wieder aufgenommen werden.

Diskussion

Die organisierte Zivilgesellschaft im Kongo ist derzeit dabei, sich neu zu finden. Die Vertreter/innen der Zivilgesellschaft sind kooptiert, in den politischen Prozess integriert und bekleiden Ämter. Die Menschen sind vorrangig damit beschäftigt, ihr eigenes (Über)Leben zu organisieren. Das Vertrauen in den Staat ist gering, das Überlebens-/Selbsthilfepotenzial (notgedrungen) groß.

Systematisch aufgearbeitete Informationen über die Vergabe von Konzessionen an westliche Firmen liegen nicht vor, es gibt nur einzelne Berichte (Human Rights Watch, Global Witness). Der Kongo ist allerdings formal Mitglied in der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI).

Zur Rolle deutscher Firmen: Es gab in der Vergangenheit Beteiligungen am Coltan-Abbau im Ostkongo. Sie wurden seitens der UN dokumentiert und sind mittlerweile beendet. Positive Beispiele deutscher wirtschaftlicher Betätigung im Kongo sind:

- Der kongolesische Ableger einer deutschen Firma strebt nachhaltige Holzgewinnung an.
- Gewährung von Mikrokrediten für Kleinstunternehmer/innen als wichtiger Beitrag zur Förderung informeller Wirtschaft
- Beteiligung an der Sicherung der Stromversorgung und Infrastruktur durch Turbinen-Reparatur bei einem Wasserkraftwerk.

Empfehlungen für den Wandel von der Gewalt- zur Friedensökonomie

Um zu einer Friedensökonomie zu gelangen, müssen Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft beteiligt sein und Verantwortung übernehmen.

1) Armutsbekämpfung und Entschuldung

Kongo beteiligt sich am „Poverty Reduction Strategy Paper“-Prozess (PRSP), hat aber den „Completion Point“ noch nicht erreicht. Eine Chance besteht darin, dass Akteure der Zivilgesellschaft in den PRSP-Prozess integriert sind. Kongolesische Nichtregierungsorganisationen betonen ihr Mandat seitens des Staates und die dadurch entstehende Verbindlichkeit des Ergebnisses. Der PRSP-Prozess fördert die Unterstützung des Staates durch zivile Organisationen und schafft zugleich Strukturen für zivilgesellschaftliches Engagement. Die Herausforderung besteht darin, Mittel aus der Entschuldung entwicklungsfördernd einzusetzen.

2) Ökonomie/Ressourcen

Kongo ist in den EITI-Prozess involviert, was eine Chance für die Kontrolle der Ressourcennutzung bietet. Allerdings bezieht sich EITI bisher nicht auf die für den Kongo relevanten wirtschaftlichen Sektoren (Holz, Diamanten, Bergbau). Notwendig wären deshalb:

- eine Spezifizierung des EITI-Prozesses auf die Situation im Kongo;
- eine von NRO geförderte stärkere internationale Vernetzung der Transparenz-Initiativen, die den beteiligten Personen zudem persönlichen Schutz bietet;
- eine Etablierung eines EITI-Siegels als ökonomischer Qualitätsstandard (auch für die EZ-Vergabe).

3) Strategie

Gefordert ist eine Mehr-Ebenen-Strategie, die alle Akteure (Institutionen im Kongo, internationale Gemeinschaft, Zivilgesellschaft) in den Blick nimmt und deren jeweilige Verantwortlichkeiten und Stärken anspricht und fördert. Dabei geht es nicht um eine Kooperation mit der Regierung **oder** der Zivilgesellschaft, sondern um Regierung **und** Zivilgesellschaft und um die Nutzung der jeweiligen Kompetenzen. Dies schließt auch die Arbeit mit kongolesischen NRO im Auftrag der Regierung ein. Ergänzend ist aus aktueller Sicht trotz der „Post Conflict“-Situation weiterhin Nothilfe für das Land erforderlich.

Arbeitsgruppe 5

Rechtsansprüche der Bevölkerung

Der Kampf um die Durchsetzung der Anliegen der Bevölkerung im Pipeline-Projekt Tschad – Kamerun

Impulsreferat:

Honoré Nkotto Ndoumbe, FOCARFE – Entwicklungs- und Umweltorganisation, Kamerun

Impulsreferat

Im Jahr 2000 begann der Bau der Pipeline Tschad-Kamerun. Bereits drei Jahre später war die Konstruktion abgeschlossen. Die Pipeline verläuft über 1070 km Länge durch den Tschad und quer durch Kamerun bis zur Atlantikküste. Das Projekt wird getragen von den multinationalen Erdölkonzernen ExxonMobil, Petronas und Chevron. Die Weltbank übernimmt außerdem vier Prozent der Projektkosten, ist aber vor allem als politischer Partner von großer Bedeutung, so Honoré Nkotto Ndoumbe. Die Projektkosten betragen insgesamt 3,7 Milliarden Dollar. Es ist das größte Privatinvestitionsprojekt südlich der Sahara.

In Kamerun erstreckt sich die Pipeline durch fünf Provinzen und 242 Dörfer. Damit ist ein großer Anteil der lokalen Bevölkerung unmittelbar von dem Projekt betroffen. Geregelt durch ein von der Weltbank initiiertes Programm sollen die direkten Einnahmen der Erdölförderung an die betroffenen Menschen verteilt werden und in Prioritätssektoren, beispielsweise Bildung oder Gesundheit, fließen. Außerdem sollen „Zukunftsfonds“ für eine nachhaltige Entwicklungsarbeit eingerichtet werden. Diese Ziele wurden bisher nur teilweise erreicht.

Diskussion

Der Bau der Pipeline ist abgeschlossen. Aber die mangelnde Organisation und Umsetzung der Gewinnverteilung sowie die negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Bauphase stellen die Zivilgesellschaft vor zahlreiche Herausforderungen. Sie wurden in der Diskussion besprochen.

Probleme

Die Konstruktion war bereits ein Jahr vor Planende fertig gestellt. Doch die schnelle und wenig transparente Umsetzung brachte einschneidende ökonomische und soziale Probleme mit sich. Großen Teilen der lokalen Bevölkerung wurde vor Beginn der Bauphase versprochen, dass neue Arbeitsplätze entstehen würden. Nur wenige Menschen profitierten tatsächlich davon. Aus diesem Grund sind viele Familien heute verschuldet. Außerdem kam es zu einer starken Arbeitsmigration, Familien mussten entweder ihren Wohnort verlassen oder wurden getrennt. Die Lohnverteilungen an Arbeiter/innen und die Unterbringung der Anwohner/innen waren ungleich geregelt. Zudem wurden von den Betreiberfirmen versprochene Parks nicht angelegt.

Auch die Umwelt wurde in den Jahren der Konstruktion stark geschädigt. Das Wasser wurde stark verschmutzt und war über viele Monate hinweg unbrauchbar, weitere Folgen waren Luftverschmutzung und Entwaldung. Die Umweltschäden führten außerdem zu einem Anstieg von Krankheiten.

Nach Einschätzung von Honoré Nkotto Ndoumbe ist auch die Anzahl der mit HIV infizierten Menschen gestiegen. Hierzu existieren allerdings keine veröffentlichten Zahlen.

Aufgrund der verschiedenen bisher ungelösten Probleme, der unzureichenden Informationsarbeit und der mangelnden Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung sind Konflikte zwischen Dörfern, Gemeinschaften und Familien zu erwarten. Es ist daher ein großes Versäumnis, dass bisher keine Beschwerdestelle für die Bevölkerung eingerichtet wurde.

Vorhandene Lösungswege – Erfolge und Schwierigkeiten

Trotz der genannten Schwierigkeiten betonte Honoré Nkotto Ndoumbe Erfolge, die die Zivilgesellschaft für sich verzeichnen kann. Dabei hob er insbesondere die Möglichkeit verschiedener NRO hervor, national und international über die laufenden Entwicklungen zu berichten und Kritik zu äußern. Ein Beispiel ist das vierteljährlich erscheinende „Pipeline Journal“ (auch im Internet abrufbar). Eine herausragende Rolle bei diesen Aktivitäten spielen die vier Kern-NRO ERA Kamerun, Umweltschutzzentrum CED, Ökumenischer Friedensdienst SeP und FOCARFE. Außerdem hat es aufgrund der zivilgesellschaftlichen Initiativen verbesserte Umweltstudien gegeben und es wurden höhere Kompensationsleistungen ausgehandelt.

Eine Möglichkeit, die Bevölkerung einzubinden, ist die Überwachung der Pipeline. Zwar sind für die Sicherung der Pipeline vorwiegend private Firmen zuständig, aber in den Dörfern haben sich mittlerweile stabile, eigenständige Strukturen zur Überwachung entwickelt.

Neue Lösungsansätze/ zukünftige Herausforderungen

Honoré Nkotto Ndoumbe nannte als wichtigste Herausforderung, dass die Bevölkerung stärker in die Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse einbezogen und dabei ernst genommen werden muss. Aufgrund der Enttäuschungen auf Seiten der Bevölkerung ist es notwendig, ihr Vertrauen zurück zu gewinnen oder gar erst herzustellen, um mögliche Konflikte in der Zukunft zu verhindern. Mehr Zusammenschlüsse betroffener Menschen könnten eine bessere Meinungsbildungs- und Aufklärungsarbeit bedeutend fördern. Die Verteilung der Gewinne muss zudem gerechter und transparenter erfolgen. Um diese Zielsetzung effektiv verfolgen zu können, ist es unter anderem wichtig, dass lokale NRO intensiver mit der Regierung in Verhandlung treten.

Sonstiges

Zum Ende der Diskussion fragte Honoré Nkotto Ndoumbe die Teilnehmer/innen der Arbeitsgruppe, ob eine Zusammenarbeit mit multinationalen Konzernen ihrer Meinung nach fortgesetzt werden sollte oder ob die Risiken, wie beispielsweise die Gefahr der Korruption, zu groß seien. Nach seiner Ansicht sind Kooperationen wichtig, da nur so ein Verhandeln mit den Akteuren aus Unternehmen und Politik möglich ist. Aus der Arbeitsgruppe gab es Zustimmung zu dieser Einstellung. Ein Teilnehmer betonte, dass die Weigerung vieler NRO, mit Regierungen zusammenzuarbeiten, häufig kontraproduktiv sei.

Abschlussdiskussion - Fairer handeln beim Rohstoffabbau – im Prinzip ja, ...

Moderierte Abschlussdiskussion mit:

- Thomas Gebauer, Geschäftsführer *medico international*,
- Thérèse Mekombé, *CCSRP – Überwachungskommission der Erdöleinnahmen, Tschad*
- Peter Mucke, Geschäftsführender Vorstand *terre des hommes*
- Frithjof Schmidt, *Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied des Europäischen Parlaments*
- Geerd Wurthmann, Berater „Große Seen“, *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*

Strategien entwickeln

„Ist den Verantwortlichen in der EU klar, dass sich auf europäischer Ebene etwas im Verhältnis zu den Erdöl-Ländern ändern muss?“ war Jule Reimers Frage an Frithjof Schmidt. In der Theorie ja, lautete die Antwort, aber die Umsetzung gestalte sich schwierig. „Zum Beispiel bei der Afrikastrategie gibt es keine konkreten Zeitpläne, keine konkrete Umsetzungsstrategien, keine Budgetlinie und keine Einigung, welche Mittel von den Mitgliedsstaaten kommen sollen.“ Generell kritisierte Frithjof Schmidt, dass bei den Überlegungen der Europäischen Union der Handel im Vordergrund stehe, nicht die Entwicklungspolitik. „Wir wissen, was zu tun ist. Aber wir tun es nicht, weil uns politische und wirtschaftliche Interessen daran hindern.“

Bei der Erarbeitung der Afrikastrategie wird es allerdings nicht nur darauf ankommen, dass Europa sich einigt. Das betonte Thérèse Mekombé: „Die EU sollte die Strategie gemeinsam mit den afrikanischen Partnern entwickeln. Wenn sie nur von außen kommt, wird das sehr schnell zu Reibereien zwischen den afrikanischen Ländern und den europäischen Partnern führen.“

... und umsetzen

Auch da, wo es bereits konkretere Strategien gibt, hapert es an der Umsetzung, unter anderem an der fehlenden Kontrolle. Als Beispiel nannte Thomas Gebauer den Kimberley-Prozess: „Er ist eher eine Absichtserklärung, die Firmen abgeben, um sich ein besseres Image zu verschaffen. Aber die Kontrolle fehlt, Nachbesserungen sind nötig.“

Der Zivilgesellschaft spielt bei der Kontrolle im Umgang mit den Rohstoffen und den daraus resultierenden Erlösen eine besonders wichtige Rolle, wurde in der Diskussion mehrfach betont. Eine Aufgabe, die durch mangelnde Informationen erschwert wird, wie Thérèse Mekombé berichtete: „Oft existieren Vertraulichkeitsklauseln zwischen Unternehmen und Regierungen, die wir nicht kennen. Die Zivilgesellschaft und ihre Akteure benötigen mehr Transparenz und mehr Mitsprachrechte. Dazu muss allerdings der Staat bereit sein und die internationale Gemeinschaft muss das fordern und begleiten.“

Unternehmen in die Pflicht nehmen

„Wenn internationale Firmen ihre Aktivitäten in China beenden, bleiben die Anlagen dort und können weiter genutzt werden. Warum geschieht das nicht auch in Afrika?“, fragte ein Teilnehmer. Frithjof Schmidt meinte dazu, dass nur starke Länder solche Bedingungen stellen könnten, in Afrika sei das vermutlich nur Südafrika. Deshalb seien internationale Regulierungen notwendig. Nach Ansicht von Geerd Wurthmann gibt es neben Südafrika auch weitere Regierungen, die Forderungen an Unternehmen durchsetzen könnten. „Die müssten dann allerdings ebenso für nationale Ölfirmen gelten.“

Auch Peter Mucke meinte, dass mehr nationale Regierungen zum Beispiel bei der Lizenzvergabe auf Umwelt- oder Sozialstandards bestehen könnten, „wenn sie wollen oder stark genug sind“. Um den Willen zu befördern, sei öffentlicher Druck wichtig, auf nationaler und möglichst auch auf internationaler Ebene.

Internationale Standards entwickeln und durchsetzen

International gültige Umwelt- und Sozialstandards für Unternehmen und Verpflichtungen zu Transparenz und verantwortungsvoller Unternehmensführung sind dringend erforderlich. Darin waren sich alle Diskussionsteilnehmer einig. „Nur mit einem international bindenden Standardwerk, das nicht unterlaufen werden kann, ist es möglich, einen Wettbewerb von ‘free-ridern’ zu verhindern“, sagte Geerd Wurthmann. An der Definition und Entwicklung von Standards müsse auch die Zivilgesellschaft beteiligt sein, betonte Thérèse Mekombé: „Die Zivilgesellschaft und ihr Sachverstand müssen anerkannt werden. Schließlich ist sie es, die die Bedingungen kennt und weiß, worauf es ankommt.“

Die Entwicklung von Standards und Verhaltenskodizes gestaltet sich jedoch schwierig. „Es gab in diesem Bereich Dialoge und auch eine Entwicklung bei den Stakeholdern, aber die wurde abgebrochen“, sagte Frithjof Schmidt. „Wenn wir zum Beispiel Hermes-Kredite an den Code of Conduct binden würden, wäre das ein gutes Druckmittel. Aber das wird durch Lobbyinteressen behindert.“ Ein immer wiederkehrendes Argument für die ablehnende Haltung der Unternehmen lautet: „Wenn wir an hohe Standards gebunden sind und den Auftrag nicht erhalten, bekommen ihn andere, die es noch schlimmer machen.“ Eine faule Ausrede sei das, befand Peter Mucke, und Thomas Gebauer ergänzte: „Die Chinesen werden vorge-schoben, um Sozialstandards zu vernachlässigen.“ Auch Frithjof Schmidt plädierte dafür, auf die Asiaten nicht mit Rückzug zu reagieren, sondern sich offensiv für Standards einzusetzen.

Allerdings behindern nicht nur die „Global Player“ aus dem Fernen Osten die Entwicklung und Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards. „Bei Großmächten haben internationale Standards nur einen sehr begrenzten Wert. Die USA kümmern sich überhaupt nicht darum und setzen damit einen sehr negativen Maßstab“, meinte Peter Mucke. „Standards sind gut

als Referenzrahmen, aber eine Umsetzung erfolgt nur, wenn Druck von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ausgeht.“

Paradox des Überflusses: Reichtum, der arm macht

Schlusswort: Martin Bröckelmann-Simon, Geschäftsführer MISEREOR

Der Begriff „Fluch der Ressourcen“ klingt mystisch, tatsächlich sind es aber von Menschen gemachte Probleme und Strukturen. Als negative Auswirkungen der Rentenökonomie wurden bei dem Symposium zum Beispiel genannt: Vernachlässigung der Landwirtschaft, massive Umweltprobleme, hohe Korruptionsanfälligkeit und Zunahme der Auslandsverschuldung. Der erhoffte Trickle-Down-Effekt findet nicht statt.

Um diese Situation zu ändern, sind die folgenden Konsequenzen notwendig:

- International verbindliche Standards und Regularien verbindlich einführen und nachhalten. Dabei ist das Verhalten der erdölimportierenden Staaten und „ihrer“ Erdölfirmen entscheidend, wie ein Zahlenvergleich deutlich macht: Der Haushalt des Tschad mit 392,6 Mio Euro entspricht 0,15 Prozent des Umsatzes von ExxonMobil.
- Nachhaltiges Management von Erdölgewinnen im Sinne armenorientierter Entwicklung
- Transparenz bei Zahlungen und Einnahmen herstellen, auch im Bankensektor und hinsichtlich Kreditaufnahme und Transparenz darüber, where the money goes!
- Gute Regierungsführung fördern/staatliche Institutionen stärken (Legisl. u. Exek.)
- Zivilgesellschaftliche Partizipation stärken
- Menschenrechtsverteidiger schützen
- Die Stimmen der Betroffenen hier im Norden hörbar machen.

Empfehlungen und Erwartungen an Politik und Wirtschaft

- Sowohl die Reden des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMZ, Erich Stather, bei der EITI-Vorbereitungskonferenz in Bonn, als auch die Rede von Staatssekretärin Karin Kortmann auf der Internationalen EITI-Konferenz im Oktober in Oslo betonen die Bedeutung der Transparenz-Initiative und empfehlen, sie in Richtung auf eine größere Verbindlichkeit weiterzuentwickeln. Wir begrüßen diese Aussagen und erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich weiterhin international in diesem Sinne einsetzen sowie national durch entsprechende konkrete Umsetzungsschritte mit gutem Beispiel vorangehen wird. So sollten die EITI-Kriterien, ebenso wie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen als Kriterien bei der Vergabe von Exportkrediten und Investitionsgarantien herangezogen werden.
- Des Weiteren empfehlen wir der Bundesregierung, die Zeit der EU-Ratspräsidentschaft und des Vorsitzes der G8 dazu zu nutzen, auf den von UN-Sonderberater John Ruggie initiierten Diskussionsprozess auf UN-Ebene Einfluss zu nehmen, im Sinne einer Weiterentwicklung internationaler und verbindlicher Standardsetzung im Bereich der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen.
- Wir sind der Überzeugung, dass die Arbeit der „Business Leaders' Initiative on Human Rights“ (BLIHR) und deren Praxistest der UN-Normen zur Unternehmensverantwortung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist, die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen zu stärken. Die von der BLIHR entwickelte Matrix dessen, was ein Unternehmen im Bereich seiner menschenrechtlichen und sozialen Verantwortung tun muss, tun sollte und tun kann, stellt einen wertvollen und praktikablen Ansatz dar, Verantwortung zu übernehmen. Es ist bedauerlich, dass deutsche Unternehmen sich

bislang nicht an dieser Initiative beteiligen. Wir würden es begrüßen, wenn sich auch in Deutschland Unternehmen fänden, die sich dieser innovativen Initiative anschließen würden oder ähnliches für Deutschland gründen würden.

- Von den Erdölkonzernen erwarten wir, dass sie Exploration und Förderung nur nach international geltenden Umwelt- und Sozialstandards durchführen und sicherstellen, weder mitverantwortlich für Menschenrechtsverletzungen zu werden, noch solche stillschweigend zu dulden. Unabhängige Institutionen sollten die Erdölprojekte kontrollieren und bei Bedarf Verbesserungsmaßnahmen vorschlagen, welche von Erdölunternehmen umgesetzt werden sollten.
- Des Weiteren erwarten wir eine Weiterentwicklung von Standardinitiativen und nationalen wie internationalen Rahmenbedingungen, die eine größere Transparenz im Bankensektor zum Ziel haben. Dies sollte sowohl von staatlichen Stellen wie von der Privatwirtschaft selbst gefördert werden.
- Von den internationalen Finanzinstitutionen erwarten wir, dass sie nur dann in Erdölprojekte investieren, wenn die nötige Transparenz der Einnahmen und der Mittelverwendung sowie die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards garantiert sind und wenn sichergestellt ist, dass das Projekt nicht zu Menschenrechtsverletzungen beiträgt. Investitionen in Projekten für erneuerbare Energien sollten einen größeren Stellenwert bekommen als Erdöl- und Erdgasprojekte.
- Von den Regierungen in Nord und Süd und von uns selbst als Hilfsorganisationen erwarten wir einen Beitrag zur Stärkung von Zivilgesellschaft in den rohstoffreichen und den rohstoffarmen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Diese und andere Aufgaben können wir nur bewältigen, wenn wir uns noch stärker als bisher regional und international vernetzen.

Anhang: Referenten und Gesprächspartner

(in alphabetischer Reihenfolge)



Brima, Abu A. ist Mitgründer und Geschäftsführer des „Network Movement for Justice and Development“ (NMJD). NMJD ist eine sierra leonische Nichtregierungsorganisation, die bei zahlreichen Aktivitäten zur Friedensförderung und wirtschaftlicher Gerechtigkeit in Sierra Leone eine Schlüsselrolle spielt. Abu A. Brima startete die Kampagne „Campaign for Just Mining“ in Sierra Leone. Dabei handelt es sich um die größte zivilgesellschaftliche Vereinigung für wirtschaftliche Gerechtigkeit im Kampf um das Ende des Handels mit Blutdiamanten. Er war außerdem einer von zwei Vertretern der afrikanischen Zivilgesellschaft im Kimberley-Prozess.



Bröckelmann-Simon, Martin ist seit 1999 Vorstandsmitglied von MISEREOR, Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers und für den Bereich Internationale Zusammenarbeit zuständig. Zuvor war er als Länderreferent für Brasilien, Chile und Paraguay tätig und dann als Abteilungsleiter der Kontinentalabteilung Lateinamerika. Bevor er zu MISEREOR kam, arbeitete Bröckelmann-Simon von 1980 bis 1985 als Referent für Afrika und Lateinamerika sowie in der Katastrophenhilfe bei „Dienste in Übersee“ und „Brot für die Welt“.



Dörken, Georg ist seit März 2002 Programm-Manager bei der Deutschen Welthungerhilfe für das Partnerland Demokratische Republik Kongo. Zuvor war er von 1994 bis 1998 Projektleiter der GTZ im Ostkongo und danach bis Sommer 2001 GTZ-Büroleiter in Kinshasa. Bevor er zur GTZ kam, arbeitete Dörken von 1989 bis 1993 als Fachberater des DED in einem Ressourcenschutzprogramm in Burkina Faso.



Gebauer, Thomas ist Geschäftsführer der sozialmedizinischen Entwicklungshilfe- und Menschenrechtsorganisation medico international. Nach Abschluss eines Psychologiestudiums begann er 1979 seine Tätigkeit für medico international, zunächst im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, später als Leiter der Projektabteilung. Zu den Arbeitsschwerpunkten von Gebauer zählen „Advocacy“ und „International Campaigning“ in den Bereichen globale Gesundheit, psychosoziale Versorgung und der Unterstützung von Kriegsversehrten. 1991 gründete er gemeinsam mit Partnerorganisationen die später mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete „Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen“.



Hippler, Michael ist seit 2004 Leiter der Abteilung Afrika und Naher Osten bei MISEREOR. Zuvor war er 16 Jahre Regionalreferent für das südliche Afrika und seit 2001 Leiter des Bereiches Evaluierung und Qualitätsmanagement. Bevor er zu MISEREOR kam, nahm Hippler am Postgraduiertenprogramm des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik teil und arbeitete bei einer Consulting in Hamburg im Rahmen des GTZ-Programms „Betriebliche Kooperation“.



Johnson, Dominic ist Afrikaredakteur in der Auslandsredaktion der tageszeitung und Kongo-Experte. Der Journalist arbeitet im Auftrag vom Ökumenischen Netz Zentralafrika (ÖNZ) und dem Forum Menschenrechte

an einer Studie zum Thema Transformation von Gewaltökonomien in Friedensökonomien. Ein Schwerpunkt dabei sind gute und schlechte Unternehmenspraktiken von deutschen Firmen im Kongo.



Mekombé, Thérèse ist Juristin und Vizepräsidentin des Gremiums zur Kontrolle der ordnungsgemäßen Verwendung der Öleinnahmen im Tschad (Collège de Control et de Surveillance des Ressources Pétrolier). In diesem Kontrollgremium fungiert sie als Vertreterin der entwicklungspolitischen Frauengruppen. Mekombé ist Expertin auf dem Gebiet Kontrolle und Evaluierung öffentlicher Administration.



Mucke, Peter ist seit 2002 Geschäftsführender Vorstand von terre des hommes Deutschland. Zuvor war er sechs Jahre als Geschäftsführer des Kinderhilfswerks tätig. Er vertritt die Organisation auf Bundesebene und international u.a. als Mitglied des Führungsgremiums der Internationalen Föderation terre des hommes (IFTDH). Vor seiner Tätigkeit bei terre des hommes war der Diplombiologe Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen in Bonn.



Ndoumbe, Honoré Nkotto ist Agronom, Publizist und Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation FOCARFE in Kamerun. Die NGO widmet sich dem Umweltschutz und der nachhaltigen Entwicklung. FOCARFE gehört zu dem Kameruner Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen, die sich um die sozialen und ökologischen Probleme kümmern, die durch den Bau der Öl-Pipeline durch Kamerun auftreten. FOCARFE engagiert sich auch in Transparenzinitiativen und ist Mitglied in der Transparenzkampagne

"Publish What You Pay".



Onuoha, Austin studierte Geschichte in Nigeria und Konfliktmanagement an der Eastern Mennonite University in den USA. Er hat in der Region Niger Delta zu Menschenrechtsthemen und in der Konfliktlösung gearbeitet. Zurzeit ist er für das "Centre for Social Corporate Responsibility" in Warri tätig. Onuoha ist Autor des Buches: „From conflict to collaboration - building peace in Nigeria's Oil-Producing Communities.“



O'Reilly, John ist Berater für Unternehmensgruppen bei Amnesty International UK. Im Jahr 2003 zog er sich nach 21 Jahren Tätigkeit für BP aus dem Konzern zurück. Die letzten acht Jahren bei BP arbeitete John O'Reilly ausschließlich in Übersee-Einsätzen. Er hielt sich von 1995 bis 1999 in Kolumbien und anschließend von 1999 bis 2003 in Indonesien auf. Dort trug er als Senior Vice President die Gesamtverantwortung für die Beziehungen zur Regierung und den Gemeinden, Sicherheitsangelegenheiten und Public Affairs, insbesondere auch für das große „Tangguh“-

Flüssigerdgas-Projekt in West-Papua. In beiden Ländern, Kolumbien und Indonesien, lag sein Arbeitsschwerpunkt auf Menschenrechtsthemen.



Petry, Martin ist seit September 2005 Berater für Zivile Konfliktbearbeitung im Team Menschenrechte von „Brot für die Welt“ / Diakonisches Werk der EKD. Er ist seit 1985 in verschiedenen Funktionen in der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Er arbeitete sieben Jahre im Tschad

und im Niger. Die Erfahrungen mit dem Erdölprojekt Tschad-Kamerun bewegten den Agraringenieur dazu, seine beruflichen Schwerpunkte in der Friedens- und Menschenrechtsarbeit zu setzen. Er ist Autor von „Wem gehört das schwarze Gold?“, ein Buch das das zivilgesellschaftliche Engagement für Frieden und Gerechtigkeit im Tschad-Kamerun-Erdölprojekt beschreibt.



Preuß, Hans-Joachim ist seit 2003 Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe. Zuvor leitete er sechs Jahre lang die Projektabteilung der Organisation. Der promovierte Agrarwissenschaftler startete seine berufliche Karriere bei der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Mauretanien, anschließend arbeitete er als GTZ-Projektökonom/Teamleiter in Benin. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland fungierte Preuß als Dozent für Regionalplanung und Projektplanung an der Universität Gießen, wo er 1994 promovierte.

Bevor er 1996 zur Welthungerhilfe kam, war er als GTZ-Senior Managementberater in der Stabsstelle für Grundsatzfragen der Unternehmensentwicklung in Eschborn tätig.



Schmidt, Frithjof ist Europaabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen in der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz und vertritt dort seit 2004 die Themen Entwicklungspolitik, Eine Welt und fairer Handel. Der promovierte Sozialwissenschaftler ist Mitglied im Entwicklungsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel, in der UN-EU-Arbeitsgruppe und in der EP-Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens sowie in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU.



Wurthmann, Geerd ist „Berater Große Seen“ im Referat „Zentral- und Westafrika“ beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er berät das BMZ bei verschiedenen großen Regionalvorhaben im Bereich Frieden und Sicherheit – wie z.B. beim „Multi-Country Demobilization and Reintegration Program“ (MDRP) und der „Internationalen Friedenskonferenz Große Seen“ (ICGLR). Darüber übt er für das Ministerium eine Beratungsfunktion im Bereich „Oil for Development“ aus. Im April 2006 veröffentlichte Geerd Wurthmann zu diesem Thema den Beitrag „Ways of Using the African Oil Boom for Sustainable Development“ im Wissenschaftlichen Dienst der AfDB. Wurthmann verfügt über zehn Jahre Projekterfahrung in Afrika.